



Foto: manu/adobe.Stock.com

Brauchen wir eine allgemeine Dienstpflicht?

Pro



Hedi Thelen MdL, stellv. Vorsitzende der Frauen Union der CDU

Viele Jahre war es Ziel der Politik, die Ausbildungs- und Studienzeiten zu verkürzen. Die Verschulung des Studiums über den Bologna-Prozess, zum Teil verkürzte Schulzeiten bis zum Abitur und die Aussetzung der Wehrpflicht führen heute zu deutlich jüngeren Berufsanfängern als noch vor 10 Jahren.

Gleichzeitig hören wir Klagen über fehlende Reife junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – egal ob mit dualer Ausbildung, Fachschulausbildung oder Studium.

Auf der anderen Seite empfinden auch viele junge Menschen das Bedürfnis, sich eine Auszeit aus dem „Lernstress“ zu nehmen und z. B. über Work & Travel oder als Au-Pair andere Länder und Menschen und sinnvolles Tun erleben zu können.

Ein soziales Dienstjahr bietet jungen Menschen die große Chance, die eigene Persönlichkeit positiv zu bilden. Sie können Erfahrungen in Lebens- und Aufgabenbereichen sammeln, die ihnen einen viel breiteren und tieferen Einblick in viele Facetten unserer Gesellschaft ermöglichen. Sie können erleben, dass sie selbst anderen Menschen helfen können, dass sie positiv in ihren Aufgaben wirken können und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind.

Nicht zuletzt leben sie mit ihrem Dienst Solidarität. Solidarität mit einer Gesellschaft,

die ihnen bis dahin viel Positives geboten hat: von Kitas bis zu Schulen und Universitäten, einer guten Infrastruktur, Gesundheitsversorgung u. v. m.

Kurze Dienstzeiten, z. B. nur 6 Monate, sehe ich kritisch. Positives eigenes Handeln braucht Anlernzeit. Außerdem müssen die Interessen derer gewahrt werden, die entsprechende „Dienststellen“ anbieten. Damit auch sie profitieren, sollte das Dienstjahr grundsätzlich ein Jahr dauern.

Ich bin von den positiven Wirkungen eines sozialen Pflichtdienstes für alle Beteiligten überzeugt und hoffe, dass sich verfassungskonforme Wege hierfür finden lassen. Soweit ein Pflichtdienst nicht möglich ist, muss das freiwillige soziale Jahr ausgebaut und durch stärkere finanzielle und sonstige Anreize (z. B. in der Rente) attraktiver werden.

Die Frage nach einer Stärkung des Gemeinsinns durch einen Dienst an der Gemeinschaft – ob freiwillig oder verpflichtend – bewegt viele Menschen an der Basis der CDU. Bei der Zuhör-Tour im Rahmen des Prozesses um ein neues CDU-Grundsatzprogramm kam das Thema oft zur Sprache.



Foto: Halfpoint/adobe.Stock.com

Der Vorschlag für eine allgemeine Dienstpflicht ist seit der Aussetzung der Wehrpflicht schon ein paar Mal diskutiert worden. Unabhängig von der schwierigen Rechtslage – es müsste der von den Müttern und Vätern verfasste Wortlaut des Grundgesetzes geändert werden – stellt sich die Frage, was muten wir den Frauen hier noch zu? Spätestens seit der Diskussion um eine Gleichstellungspolitik in der Lebensverlaufsperspektive wissen wir, dass die unterschiedlichen Biografieverläufe von Frauen und Männern kumulative Effekte haben. Diese sind häufig für geringe Rentenansprüche verantwortlich. Junge Frauen haben überdurchschnittlich gute Schulzeugnisse, entscheiden sich dann für eine Ausbildung oder ein Studium. Danach wollen sich die meisten im Beruf etablieren, ehe eine Familiengründung erfolgt und die Entscheidung für Kinder fällt. Schon jetzt ist das durchschnittliche Geburtenalter, vor allem bei höher qualifizierten Frauen, fast bei 30 Jahren angekommen. Eine Entwicklung, die auch aus medizinischer Sicht nicht gut ist. Im weiteren Lebensverlauf sind es gerade die Frauen, die einen Großteil der sogenannten „Sorgearbeit“ übernehmen. Für private Sorgearbeit wenden Frauen um die Hälfte mehr Zeit als Männer auf. Der „Gender Care Gap“ zwischen Männern und Frauen für unbezahlte Sorgearbeit beträgt 52 Prozent! In den Be-

rufen der erwerbsfähigen Sorgearbeit sind mehrheitlich Frauen tätig. Beispielsweise sind 87 Prozent der in Pflegediensten und 85 Prozent der in Pflegeheimen Beschäftigten Frauen. Ähnlich sieht es in der Kindererziehung und -betreuung aus. Wenn nach der Kinder-Familienphase dann den Frauen eine kontinuierliche Erwerbsarbeit möglich ist, kommt oft die Pflege von Verwandten hinzu.

Die Frauen Union setzt sich schon seit langem für die bessere Bezahlung von Berufen in der Kinderbetreuung, Häuslichen Pflege oder Altenpflege ein. Das ist eine zwingende Notwendigkeit, um armutsvermeidende Rentenansprüche durch eigenes Erwerbseinkommen zu erzielen. Ein verpflichtendes Dienstjahr konterkariert dies!

Eine Zeiterhebungsstudie des Statistischen Bundesamtes hat ergeben, dass die unbezahlte Arbeitszeit jene der bezahlten Sorgearbeit um das 1,7 fache übersteigt. Was wir brauchen, ist eine stärkere Anerkennung der jetzt schon freiwillig geleisteten Arbeit, z.B. auch bei der Berufsausbildung etwa in den Gesundheits- und Sozialberufen. All das verdeutlicht – Frauen brauchen keine Dienstverpflichtung, sie leisten freiwillig ihren großen Anteil für das Gemeinwohl. Ziel der Diskussion muss es sein, den Fokus auf das Mögliche und Richtige zu richten – für mehr Gleichstellung im Lebensverlauf.

Contra



Foto: Tobias Koch

Ingrid Petzold, stellv. Vorsitzende der Frauen Union der CDU